

# Die Steuern direkt vom Lohn abziehen?

**Freiwilliger Abzug** Jeden Monat zehn Prozent vom Einkommen automatisch dem Staat abgeben und gut ist: Basel-Stadt führt den freiwilligen Lohnabzug ein. Nun könnte der Funke auf andere Kantone überspringen.

**Christian Zürcher**

Pascal Pfister könnte laut lachen, sogar jubeln, doch so richtig traut er der Sache nicht. Darum lächelt er in seinem Büro im Kleinbasel bloss ein vorsichtiges Halbkörperlächeln. «Ich freue mich, das schon, aber wir sind noch nicht am Ziel», sagt der Geschäftsleiter von Schuldenberatung Schweiz und Basler SP-Grossrat. Pfister hat mit seinen Mitstreitenden eine kleine Schweizer Steuerrevolution losgetreten. Künftig sollen den Basler Angestellten die Steuern direkt vom Lohn abgezogen werden. Jeden Monat minus zehn Prozent vom Einkommen, automatisch und von Staates wegen.

Der Direktabzug, so heisst es offiziell, trägt Züge einer Quellensteuer. Jener Steuer also, die in der Schweiz gewöhnlich nur Grenzgänger und Leute ohne Niederlassungsbewilligung zahlen. Mit einer kleinen Einschränkung: Der Abzug in Basel ist freiwillig und soll erst bei Firmen mit mindestens 50 Mitarbeitenden greifen.

Der Grosse Rat von Basel hat dem Direktabzug Ende Oktober zugestimmt. Weil die Basler Wirtschaftsverbände das Referendum ergriffen haben, mag Pfister noch nicht allzu euphorisch werden.

## Zehn Prozent der Menschen haben Steuerschulden

Pascal Pfister hat ein einfaches Ziel. Er will, dass sich weniger Leute verschulden. Rund 6000 Menschen lassen sich jährlich von seiner Organisation beraten. Sie erhalten Ratschläge und Budgetpläne.

Im Gegenzug erzählen sie, wie viel Schulden sie haben (im Schnitt rund 60'000 Franken), warum sie sich verschuldet haben (Gesundheit, Trennung, Arbeitslosigkeit als häufigste Gründe) und welche Art von Schulden sie belasten.

Die meisten von ihnen haben Steuerschulden, vier Fünftel der Ratsuchenden leiden darunter, zehn Prozent sollen es in der Schweizer Bevölkerung sein. Darum setzen sich die linken Basler Parteien seit Jahren für einen Lohnabzug ein, der auch verzinst wird. Der Fall in die Schuldenfalle soll damit verhindert werden.

## Ein umstrittenes Thema und ein knappes Ja

Vor acht Jahren ist man in Basel mit der gleichen Idee noch gescheitert, auf nationaler Ebene hat sich der Bundesrat wiederholt gegen solche Ansätze ausgesprochen, zuletzt verwarf der Ständerat 2023 einen Vorstoss. Nun der Durchbruch im ersten Kanton.

Es geht aber in der Sache nicht einfach um die Last von Schulden und wie man sie präventiv bekämpft. Es geht auch um ganz Grundsätzliches: die Rolle des Staates. Soll er das Zahlen der Steuern den Bürgerinnen und Bürgern überlassen? Oder soll er aktiv dafür sorgen, dass sich weniger Menschen verschulden? Pfister findet ganz klar Letzteres.

Ganz anders seine Gegner. Ob FDP-Ständeräte oder die bürgerlichen Basler Parteien, sie alle finden, dass es bereits genug Mittel gebe, um Leuten mit Geld-



SP-Grossrat Pascal Pfister findet, der Staat solle aktiver dafür sorgen, dass sich Menschen nicht verschulden. Foto: Nicole Pont

problemen zu helfen. Die provisorische Steuerrechnung etwa, mit dieser könne man die Steuern auch im Voraus bezahlen. «Leider macht das kaum jemand», sagt Pfister. Selbst wenn Armutsbetroffene diese provisorische Rechnung eine gute Idee fänden, würden sie kaum im Voraus einzahlen.

Das neue Modell hingegen setze genau an diesem Punkt an. Pfister vergleicht es mit der Organspende. Wer sich nicht aktiv dagegen entscheidet (Opt-out-Möglichkeit), der spendet seine Niere – oder zahlt den Direktabzug. «Das ist zehnmals effizienter als eine Flyeraktion», sagt er.

Am Ende setzten sich Pfister und sein Lager im Grossen Rat knapp durch, mit 49 zu 48 Stimmen. Auch darum, weil der Mitte-Politiker Bruno Lötscher-Steiger sich gegen die Meinung enthielt. Vor der Abstimmung trat er ans Rednerpult und erklärte seine Enthaltung damit, dass er als langjähriger Präsident des Zivilgerichts immer wieder mit Fällen der Verschuldung konfrontiert gewesen sei. «Das sind menschliche Tragödien. Wir könnten diese eigentlich vermeiden», sagte er.

Das Thema bewegt nicht nur Politikerinnen und Politiker, sondern auch Steuerexperten. Luzius Cavelti zum Beispiel, Professor für Steuerrecht an der Universität Basel.

Als Erstes hebt er hervor, dass bei kaum einer anderen Sache die Menschen dem Staat so nahekämen wie bei den Steuern, abgesehen vielleicht vom Ärger einer Parkbusse. Der Bürger fülle die Steuererklärung aus. Der Staat müsse vertrauen, dass diese stimme, und erhebe die Steuern, worauf die Bürgerin sie zahle, samt Ärger über die teure Rechnung. Bei Nachfragen könne man das Telefon in die Hand nehmen, im Ernstfall sogar Ratenzahlungen vereinbaren.

## Noch ist unklar, wie sich der Lohnabzug auswirkt

«Das ist im Ausland meist anders», sagt Cavelti. Dort werde einfach ein Betrag abgezogen, Nachfragen sei praktisch unmöglich. Das verändere automatisch das Verhältnis vom Bürger zum Staat. Es basiere mehr auf Kontrolle statt auf Vertrauen, so Cavelti.

Der freiwillige Direktabzug sei zwar für die Arbeitgeber eine

Quellensteuer. Cavelti glaubt aber nicht, dass dieser in Basel das Verhältnis zum Staat gross verändern werde. Für die Arbeitnehmer sei er erstens freiwillig, zweitens müsse man nach wie vor eine Steuererklärung ausfüllen, und drittens betreffe er wegen seiner grosszügigen Ausgestaltung wohl gar nicht mal so viele Leute. Rund 200'000 Menschen leben in Basel-Stadt, bei gegen 40'000 Personen dürfte der Abzug letztlich greifen, rund 5500 Menschen haben in Basel Steuerschulden. Darum fragt sich der Professor: Ist dieser Direktabzug verhältnismässig?

## Der Abzug in Basel ist freiwillig und soll erst bei Firmen mit mindestens 50 Mitarbeitenden greifen.

Cavelti möchte dazu keine Antwort geben, das sei letztlich vor allem eine politische Frage. Und dann sind da noch die Arbeitgeber. Werden sie den Direktabzug trotz Mehraufwand umsetzen, oder unterlaufen sie ihn und raten ihren Angestellten zu einem Opt-out?

Es ist die grosse Frage: Wie wirkt sich der Lohnabzug in der Praxis aus? Nicht einmal der SP-Grossrat Pascal Pfister weiss es. Er spricht von einem Experiment, das man ein paar Jahre laufen lassen und begleiten müsse. «Wenn es nicht funktionieren sollte, kann man auch wieder einen Schritt zurück machen», sagt er.

Pfister aber ist zuversichtlich. Die Befürworter der Abgabe haben eine Studie in Auftrag gegeben. Darin steht, dass in der mittleren Frist das Risiko für Verschuldungen sinken dürfte und dass die Wirkung erheblich erhöht werden könnte, wenn andere Kantone mitzögen.

Es ist die grosse Hoffnung der Befürworter und die grosse Furcht der Gegner: dass der Funke nun auf andere Kantone überspringt. Das wäre dann die wahre Revolution.